

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
Postfach 4407
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Dokumentation 2

Seite 1 - 14

Auszug aus *Das Erbe Adenauers* von Rüdiger Altmann, Seewald Verlag, 1960

... Das zeigt, wie sehr die Bundesrepublik das Werk Adenauers ist, nichtachtend als Verfassungsstaat - aber als politischer Zustand. Er hat sie auf seine Person und seine Politik zugeschnitten. Er ist Herr seiner Partei und der parlamentarischen Mehrheit, primus sine paribus in seinem Kabinett, Symbol der deutschen Außenpolitik, Meister der Opposition. Erstaunlich, daß diese Fülle persönlicher Autorität und Macht in einer so ängstlich besorgten Verfassung wie dem Grundgesetz Platz finden konnte - aber sie fand ihn tatsächlich.

Dabei ist der Kanzler eigentlich ein Unbekannter geblieben, was die Motive seines Handelns, seine geistige Vorstellungswelt, seine größeren Ziele an geht. Was wir von ihm kennen - seine taktische Schläue, seinen europäischen Eifer, das Mißtrauen gegen Rußland, die atlantische Bündnistreue -, er gibt kaum ein geistiges Profil. Darüber hinaus nur Anekdoten und Witze. Keine einzige seiner Reden, die es wert wäre, gedruckt zu werden. Auch die Biographen scheinen wenig entdeckt zu haben, was über den Rang eines Großstadtbürgermeisters hinaus geht. Und trotzdem und ohne jeden Zweifel ist er ein bedeutender Mann. Vielleicht konnte nur ein Greis, der seine politische Prägung noch im Kaiserreich erhalten hat, der zweimal den Untergang Europas erlebte, an dem die leidenschaftlich zerrissene Zeit von Weimar irgendwie vorüberging und der Rosen züchtete, als Hitler Diktator war... - vielleicht konnte nur ein solcher Greis diesem erschöpften Torso Deutschlands die Ruhe geben, die es dringender brauchte als politisches Selbstbewußtsein. ... (9 f.)

DAS DEUTSCHE SELBSTBEWUSTSEIN

Aber noch immer ist die Bundesrepublik ein Staat ohne geistigen Schatten. Dieser beklagenswerter Zustand scheint so unbestritten, daß er zu einer Fundgrube von Mißverständnissen geworden ist. Die Sozialdemokratie macht die Regierung dafür verantwortlich, obwohl ihr selbst nach 1945 wirklich nicht viel Neues eingefallen ist. Überhaupt tut die deutsche Linke gern so, als ob nach der Niederlage trotz eines fruchtbaren geistigen Klimas politisch ein >echter Neu-

anfang< versäumt worden wäre. Dabei waren die Schubladen doch wesentlich leerer, als die aus dem Kriege heimkehrende Jugend erwartet hatte. Die wirklich wertvollen Reprisen aus der Weimarer Zeit und die wieder zugänglich gewordene Weltliteratur haben gewiß den leeren Raum ausfüllen helfen. Das war aber auch das Wesentliche. Eine Anklage wegen restaurativer Tendenzen läßt sich auf diese Situation nicht stützen.

Viel bedenklicher war es, daß wir in diesen dunklen Tagen den Kontakt zu unserer Geschichte verloren haben. Das deutsche Volk mußte sich eingestehen, daß es sich seine tiefste Erniedrigung selbst zu gefügt hatte. Das Reich war zerstört. Seine Reste trieben hilflos in der Weltpolitik. Politische Flagellanten verzerrten die nationale Geschichte seit Friedrich dem Großen zu einer Genealogie des Nationalsozialismus. Dazu die Spaltung des Staates, der Verlust der Ostprovinzen. All das hat dazu geführt, daß wir heute in Gefahr geraten sind, ein Volk zwar mit Vergangenheit, aber ohne Geschichte zu werden. ... (S. 11 f.)

... Ist unsere geschichtliche Erinnerung keine rechte Stütze unseres Selbstbewußtseins, so lähmen Ge fühle der Ungewißheit und Angst seine Entfaltung in die Gegenwart, wenn sie auch teilweise durch die unreflektierte Sicherheit, mit der Adenauer herrscht, suspendiert sein mögen. Da ist einmal die schon konventionell gewordene Kulturkrisenliteratur, die uns Deutschen vielleicht mehr ins Bewußtsein sticht als anderen. Wenn ein Buch mit dem Satz anfinge: >Wir stehen nunmehr seit über fünfzig Jahren in der Krise unserer Zeit<, so würde das von vielen Lesern ganz ohne Ironie und als Selbstverständlichkeit aufgenommen werden. Dem entspricht auch gegenwärtig ein Gutteil unserer fortschrittlichen, sprich nonkonformistischen Literatur, deren antipolitischer Realismus und nebelnde Skepsis eher eine affektgeladene Sentimentalität verraten als tiefere Einsicht der Wirklichkeit. Der Wert solcher Literatur, die vom Übel fasziniert ist, mag geringer sein, als die Kritik annimmt.

Aber sie hat ihren Einfluß. Das Unbehagen an der Politik ist weit verbreitet, selbst unter denen, die sie machen. Und es besteht auch zu Recht. Was die Parteien uns als Programme und Leitsätze anbieten, ist ziemlich langweilig und ideenlos. Langweilig ist auch die große Presse. Sie hat sich so wenig profiliert, daß es fast gleichgültig ist, welche Zeitung man abonniert. Statt öffentliche Meinung zu machen, möchte sie ihr Hüter sein.

Wir sind natürlich zufrieden, wieder eine verantwortungsvolle Presse zu haben, die weiß, daß auch ihre Freiheit verpflichtet. Sie verpflichtet aber auch zu politischer Phantasie und Mut zu eindeutigem Urteil. Manchmal ist das die beste Information. Man sollte es nicht nur den Leserbriefen überlassen. Als das Buch von William Schlam über >Die Grenzen des Wunders< im Sommer 1959 Aufsehen erregte, mag die Ablehnung seiner Thesen durch die großen Zeitungen sachliche Gründe gehabt haben. Trotz dem hatte man auch den Eindruck, plötzlich sei im Karpfenteich ein Hecht erschienen. Freilich drückt die Presse im allgemeinen nur den geistigen Zustand einer Gesellschaft aus. Sie macht ihn nicht und verändert ihn wenig. Und dieser Zustand ist heute nicht ganz leicht zu erkennen, eben weil unsere Gesellschaft zwar Zeugnis von ihrem Unbehagen, aber in viel geringerem Maß von ihrem eigentlichen Selbstbewußtsein ablegt. ... (S. 13 f.)

HINTER DER STABILITÄT

... Auf der Tabula rasa des Zusammenbruchs hat sich die Bundesrepublik zu einem Land der Sekundärstrukturen entwickelt, die jede spontane Diskussion absaugen, zu einem Land, das seine Probleme in Organisation auflöst. Zumindest oberflächlich ist diese Gesellschaft nicht mehr Volk [wer wollte heute noch zum Volk gehören!], sondern ein komplizierter und schwer überschaubarer Mechanismus, eine Kombination von Apparaten, die die öffentliche Meinung weniger beleben als galvanisieren. Wir stehen in Gefahr, das Opfer dieses Milieus zu werden. Wer sollte nicht in diesem Gelände der Tagungen und Begegnungen, die ja erst im Vorfeld der Konzentration stattfinden, ermüden. Die Quersumme aller Argumente ergibt doch nur den Status quo.

Wir wollen ihn nicht geringschätzen, er ist besser als sein Ruf. Aber er ist ein Nährboden des Opportunismus, ein Nadelöhr, durch das jedes Kamel gehen kann, und - was schlimmer ist - allzu leicht eine Selbsttäuschung, wenn man auf seine Dauer vertraut. Das gilt in der inneren wie in der auswärtigen Politik, für die Frage der Wiedervereinigung wie für die Verdichtung des Wohlfahrtsstaates.

Adenauer hat diesen Status quo ausgebaut und mit taktischer Meisterschaft balanciert. Er hat seine Partitur im Kopf. Aber nicht einmal seine eigene Gefolgschaft scheint seine Praxis ganz begriffen zu haben. Sie bemüht sich, den Chef mit dem für die Massendemokratie faszinierenden Mythos der autoritären Zentralperson auszustatten. Und zweifellos ist er dieser Rolle gewachsen. Wir können uns allmählich die Bundesrepublik ohne Adenauer genau so wenig vorstellen wie früher einen Film über Friedrich den Großen ohne Otto Gebühr.... !(S. 15 f.).

... Umgekehrt vergessen wir vielleicht zu rasch, was geschehen ist. Die Geschichte der letzten fünfzehn Jahre ist offensichtlich in den Archiven versackt. Wer erinnert sich schon mit einigem Vergnügen seiner Entnazifizierung, der Zeit, in der Wehrminister Strauß noch pazifistisch dachte, der Politik der Sieger zwischen Morgenthau- und Marshallplan? Bei uns läßt man sich ungern auf die Vergangenheit festlegen - ganz gleich auf welche. Aber wer sich das Vergangene nicht vergegenwärtigt, verzichtet auf ein wichtiges Element seines Selbstbewußtseins. Deshalb ist es nicht sehr erstaunlich - wenn auch betrüblich -, daß wir [nach Weimarer Zeitrechnung müßten wir das Jahr 1930 schreiben] noch keine befriedigende Verfassungslehre der Bundesrepublik besitzen, auch keine umfassende Darstellung ihres außenpolitischen Weges, überhaupt keine bedeutende Übersicht unseres Panoramas, wie es sich aus den Niederungen des Zusammenbruchs zum Plateau der europäischen und Weltpolitik hinzieht.

Müßten wir nicht eines der interessantesten Länder sein? Deutschland hat eine der tiefsten Krisen der europäischen Zivilisation bis zur Neige aus gekostet, ihr intellektueller Widerschein hat die Abgründe des 20. Jahrhunderts in fahler Helle sichtbar gemacht. Uns traf die Oktoberrevolution geistig am tiefsten, den Sozialismus wie den Nationalismus. Nun liegen wir unmittelbar vor den Toren des bolschewistischen Großreiches - ein Volk mit so gewaltsam aufgerissenem Horizont, daß seine Existenz davon abhängt, ob es die Kraft aufbringt, sich seine Lage immer wieder zu vergegenwärtigen.

Tatsache ist, daß die geistige Ausbeute dieser Situation bisher gering war. Und das ist nicht

nur unerfreulich, das ist gefährlich.

WACHSENDE UNSICHERHEIT

...Was beispielsweise zu erwarten stand, als die Zonenregierung ihre schwarz-rot-goldene Flagge mit einem kommunistischen Wappen dekorierte, konnte sich jeder an den fünf Fingern abzählen. In der Bundesrepublik war man nicht nur empört, sondern auch überrascht und zudem wenig vorbereitet auf die Folgen dieser Attacke. Nachdem zunächst starke Worte gefallen waren, meinte Innenminister Schröder, wir sollten uns nicht provozieren lassen. Aber schließlich waren wir provoziert. Im folgenden haben die Sportverbände herausgefunden, daß Politik und Sport wenig miteinander zu tun hätten und wir auf der Olympiade auch ohne nationale Fahne erscheinen könnten. Minister Lemmer, in dessen Ressort solche Probleme gehören, war zuerst dafür, daß man nicht dagegen war, und anschließend dagegen, daß man dafür war. In jedem Falle wollte er doch lieber Minister bleiben. Die öffentliche Meinung rutschte ein paar Tage lang unruhig auf den Redaktionsstühlen, und schließlich haben wir uns alle angepaßt.

Beruhigen wir uns nicht damit, das seien Kleinigkeiten. Es sind Symptome dafür, daß wir von ständiger Krisenangst befallen sind. Die parlamentarische Mehrheit läßt sich lieber vom Kanzler verprügeln, ehe sie zugibt, es bestehe bei ihr eine kritische Lage. Aus dem gleichen Grunde heuchelt die SPD Einigkeit darüber, was ihre Leute unter Sozialismus verstanden wissen wollen. Das ist übrigens kein Gegensatz zu dem oben zitierten Krisenbewußtsein, eher seine Komplementäerscheinung, das, was die Psychologen als Verdrängung bezeichnen.

Natürlich ist das alles kein Grund, die Erfolge der Bundesrepublik klein zu schreiben. Wir wollen auch nicht gewisse moralische Unfälle, aus denen die politischen Affekte so gern ihre Nahrung saugen, in diesen Zusammenhang rücken. Aber warum sollten wir das flau Gefühl, das uns angesichts der oben benannten Tatbestände beschleicht, unterdrücken? Warum verschweigen, daß sich diese unangenehme Empfindung in letzter Zeit verstärkt hat?

Sie äußert sich in ärgerlichen Rasonnements über den geistigen Zuschnitt unserer Politik, mehr noch in einer Unsicherheit, die selbst Mitglieder der Regierung zu ergreifen scheint. Es hat um so weniger Zweck, sie zu leugnen, als sich aus ihr ja auch die wachsende Autorität des Kanzlers speist. Und in unerfreulichem Kreislauf zehrt die Autorität des Kanzlers wiederum an der Kraft der öffentlichen Meinung und an der Substanz seiner Partei. Er kanzelt die Ministerpräsidenten der CDU ab, desavouiert seine Kabinettsmitglieder, oktroyiert die Kompromisse. Schon haben sich viele Abgeordnete seiner Fraktion daran gewöhnt, ihre eigene Meinung genauso in der Schublade zu bergen wie die Beamten des Auswärtigen Dienstes. Gerade weil sich seine Autorität keineswegs nur auf seine Person und sein Amt, sondern auch auf unsere Schwäche gründet, ist sie ein kostspieliger Komfort für die junge deutsche Demokratie. ... (S. 19. ff.)

DIE KANZLERDEMOKRATIE

...>Wie die geisterhafte Erscheinung eines nach verfehlem Leben unglücklich Abgeschiedenen hat die Weimarer Verfassung die Bonner Erfahrungen bedrückt und erfüllt. Der Parlamentarische Rat hat seine Kraft wesentlich darin verbraucht, dieses Gespenst zu bannen,

die Not seiner Unruhe zu erfahren und zu beheben... Sie äußert sich offenbar weithin als eine beängstigende Last< [Werner Weber]. So ist das Grundgesetz - wir müssen hinzufügen, daß es nur ein Provisorium bis zur Wiedervereinigung des gesamten Deutschlands sein wollte - ohne große und belebende Ideen geblieben. Es war eher eine Abrechnung mit der Vergangenheit, erfüllt von der Furcht, daß die Geschichte sich wiederholen könnte.

EINE MISSTRAUISCHE VERFASSUNG

... Das Grundgesetz will die Regierung bewahren vor dem Druck der radikalen Parteien, vor der Autorität des Staatsoberhauptes, vor der Willkür zufälliger Parlaments- mehrheiten, die einzelne Minister herausschießen oder gar das Kabinett stürzen, ohne selbst in die Verantwortung einzutreten. Vor einer starken, d. h. autoritären Regierung glaubte hingegen der parlamentarische Rat keine Sorge haben zu müssen. Denn ohne daß die Verfassung es irgendwie auch nur andeutungsweise sagt, denkt sie bei jeder Regierung an ein Koalitionskabinett à la Weimar, an eine Addition von Minderheiten zu einer parlamentarischen Mehrheit; an die Erfahrung, daß sich im Pluralismus der Interessenparteien der Kernsatz der klassischen Demokratie: »Mehrheit entscheidet«, in eine komplizierte Frage verwandelt: Wie findet sich eine Mehrheit, die entscheidungsfähig ist? ... (S. 30)

... Unter solcher Perspektive war man überzeugt, die Koalitionspartner würden schon selbst dafür sorgen, daß die Bäume ihrer gemeinsamen Regierung nicht in den Himmel wüchsen. Aber selbst dabei sollten sie keinen allzuweiten Spielraum haben: Sobald sie die Koalitionsvereinbarung abgeschlossen und daraufhin den Kanzler gewählt haben, können sie ihn nur noch stürzen, wenn sie eine neue Koalition eingehen - und das ist leichter gesagt als getan. Und gerade, weil sie nicht in der Verfassung steht und sich nur als zwingende Konsequenz aus anderen Bestimmungen ergibt, ist diese Regelung ein tiefer Eingriff in die Bewegungsfreiheit des Bundestages und seiner Fraktionen: Das konstruktive Mißtrauensvotum, vom Grundgesetz für ein Vielparteienparlament gedacht [im Zweiparteiensystem wäre es sinnlos] lähmt die Spontaneität dieses Parlaments, weil es ihm die Chancen des spontanen Mißtrauens nimmt. Wer jetzt die Regierung stürzen will, muß vorsichtige Gespräche in den Hinterzimmern führen und sein koalitionspolitisches Garn außerhalb des parlamentarischen Betriebes spinnen.

So ist die Regierung auf Kosten vor allem des Parlaments zum stärksten Verfassungsorgan der Bundesrepublik geworden. In der Stabilisierung der Regierung wird das Mißtrauen des Grundgesetzes in das Funktionieren der Demokratie konstruktiv. Die Krisenangst der Verfassung schlägt ins Gouvernementale um. Freilich war das alles weniger politisch im Sinne eines positiven Verfassungsbildes als technisch-funktionell gedacht - als Krisenverhütungsanlage. An die Kanzlerdemokratie dachte man da mals jedenfalls nicht.

DER SIEG DER REGIERUNG ÜBER DAS PARLAMENT

Aber manchmal ist die Verfassung klüger als ihre Verfasser. Die staatstragende >Große Koalition< kam nach den Bundestagswahlen 1949 nicht zu stande. Gerade weil die beiden Mittelparteien, die CDU und SPD, keine Gegner von rechts und links ernsthaft zu befürchten hatten [war doch über die neugewonnene Staatlichkeit hinaus die Bundesrepublik damals ein Protektorat der Besatzungsmächte, die streng auf ein wohltemperiert demokratisches Klima hielten], konnten sie sich stärker voneinander distanzieren, als das den Mittelparteien von Weimar je möglich gewesen war. Von Anfang an bildete Adenauer ein Kabinett gegen die Sozialisten, und auf der Gegenseite schien der sozialdemokratische Führer Kurt Schumacher ebensowenig Wert auf ein Bündnis mit der CDU zu legen. (S. 30 ff.)

DIE PARLAMENTARISCHE KANZLERDEMOKRATIE

... Die CDU und die SPD mögen ihre festen Anhänger haben. Aber den Ausschlag gaben sowohl 1953 wie 1957 die breiten Wählermassen, die nicht mehr zwischen den Parteien und ihren Programmen, sondern für oder gegen Adenauer stimmten. Das war der entscheidende Schritt zur Kanzlerdemokratie. ...

... Die Hinterbänkler, selbst eine Majorität in der Majorität, bestimmen nun in wachsendem Maß das Klima der Fraktion. Sie sind stolz auf Adenauers angebliche >Primitivität<, um damit ihren Mangel an intellektueller politischer Potenz zu rechtfertigen, und voller Mißtrauen gegen geistige Auseinandersetzungen.

Unter ihnen sitzt aber auch die nicht geringe Zahl derer, die sich mit bestimmten Interessen des Mittelstandes, der Landwirtschaft, der Industrie usw. verbunden wissen. Es sind gute Fachleute darunter, aber wenig politische Köpfe. Während also in den Ausschüssen fleißig gearbeitet wird, fehlen im Plenum die Redner, weniger im Sinn rhetorischer Brillanz als überzeugenden Profils. Man kann nicht ein mal sagen, die Fraktion der CDU/CSU habe zu wenig Begabungen in ihren Reihen. Sie gibt ihnen aber, falls sie vorhanden sind, nur geringe Chancen, sich anders zu entwickeln denn als >Kanzlerknappen<. Die Zahl der Opportunisten, die sich selbst als Pragmatiker mißverstehen, ist groß, und kaum geringer ist die Verachtung, die Adenauer für sie bereithält. Ist es nicht ein makabres Bild, wenn der Kanzler unter dem Beifall seiner Fraktion prominente Politiker seiner Partei behandelt, als ob sie seine Kreaturen wäre? ... (S.37 f.)

DAS IST EIN REGIME

Konrad Adenauer hat sich über die Verfassungsfragen, die seine Kanzlerdemokratie aufgeworfen hat, nie öffentlich ausgesprochen. Vielleicht wollte er der Entwicklung nichts von der Selbstverständlichkeit, die sie im allgemeinen Bewußtsein gewonnen hat, nehmen. In dieser Selbstverständlichkeit liegt ja auch ein Element seiner Autorität.

Aber wie hoch er selbst seine Stellung einschätzt, zeigte sich im Frühjahr 1959, als er mit einer großen Rochade auf das Feld des Bundespräsidenten zog - und sich erst nachher, die Figuren schon in der Hand, vom Text der Verfassung [die er selbst mitgeschaffen hatte] über Möglichkeiten und Grenzen dieses Amtes belehren ließ. Damit war zwar die sogenannte >Kanzlerkrise<, von ihm selbst provoziert und von ihm selbst gestoppt, wieder an ihrem Ausgangspunkt angekommen. >Kronprinz< Erhardt war kein Kronprinz mehr. Die Majorität übte sich weiter in der Akklamation, die Opposition in der Opposition. Die zunächst ratlose Öffentlichkeit ließ sich bald von den Bulletins der Meinungsforscher beruhigen, die Autorität des Kanzlers sei nie stärker gewesen. Ein Präsidentschaftskandidat hatte sich inzwischen auch gefunden. Und wenn schließlich einige Führer der CDU geglaubt hatten, die Zeit sei jetzt reif für eine Parteireform, so irrten sie sich. Mit ruhiger Entschiedenheit nahm ihnen der Erste Parteivorsitzende die Entwürfe aus der Hand und legte sie zu den Akten. ... (44 f.)

DAS KLIMA DER AUTORITÄT

Und je mehr sich die direkte Macht in seiner Person konzentriert, desto stärker wird seine Isolation. Vielleicht kann er deshalb nicht einmal mehr die, welche ihm in der Hierarchie am nächsten stehen, persönlich erreichen. Sie beugen sich seiner Autorität. Aber er öffnet sich ihnen nicht mehr, und sie öffnen sich ihm nicht mehr. Ein Karikaturist hat diese Situation am Beispiel der 1959 vergeblich versuchten Parteireform der CDU vortrefflich ins Bild gebracht:

1. Szene: Die führenden Männer der Partei üben dem Kanzler gegenüber Kritik.- 2.. Szene: Der Kanzler hört zu, widerspricht, wird belehrend. 3. Szene: Der Parteivorstand wird zum Auditorium, die Gesichter verwandeln sich; plötzlich tragen alle Masken mit dem Gesicht des Kanzlers. - 4. Szene: Der Kanzler hat sich durchgesetzt. Doch er ist allein mit sich, und aus der Beratung ist ein Selbstgespräch geworden. - Offene Aussprachen werden in diesem Bereich der zentralen Autorität immer seltener, der Chef selbst wird unduldsamer, sein Mißtrauen stärker. ...(S. 53 f.)

GEISTIGE LEERE

So verbreitet sich in Partei, Fraktion und Regierung der Kanzlerdemokratie eine geistige Leere, die mit einer wüßlosen Emulsion von Opportunismus und Fügsamkeit ausgefüllt wird. Die Ruhe, die sich damit ausbreitet, ist kein Kirchhofsfrieden; aber eine gewisse Lähmung ist doch allenthalben zu spüren. Das Regime hat eine auszehrende Kraft, sowohl was die leitenden Politiker als was die Institutionen selbst betrifft. Adenauer hat nicht nur seine eigene Partei geschwächt, als er sie in ein Instrument der Regierung verwandelte. Auch die Lage der Sozialdemokratie ist nicht zuletzt sein Werk. Gewiß konnte es nicht seine Mission sein, der Opposition Eintrittskarten in das Kabinett anzubieten. Aber war es des halb gerechtfertigt, sie zu demütigen und zu diffamieren? ...(S. 57)

... Mit dem Niveau der Parteien ist das des Parlamentarismus -; schon durch andere Entwicklungstendenzen bedroht - weiter gesunken, und zwar von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Die Debatten des Bundestages über die großen, das Schicksal des Volkes betreffenden Fragen sind steril. Unnötig versteifte Fronten geben den begabten Abgeordneten nur sehr wenig Gelegenheit, spontan zu diskutieren und neue Gedanken zu entwickeln. Statt dessen machen oft Zwischenrufer Atmosphäre. Aber ein Parlament muß, wenn es seine auch heute unverzichtbare Aufgabe erfüllen soll, mehr sein als eine Gesetzgebungsmaschine, als Regierungskulisse oder Operationsbasis der Parteiapparate. Der Vergleich Adenauers mit Bismarck ist ziemlich problematisch. Doch sollten wir uns in dieser Hinsicht rechtzeitig an das erinnern, was der große Soziologe Max Weber über die Erbschaft Bismarcks gesagt hat: >Ob große Probleme in einem Parlament nicht nur beredet, sondern maßgeblich entschieden werden - ob also etwas und wieviel darauf ankommt, was im Parlament geschieht, oder ob es nur der widerwillig geduldete Bewilligungsapparat einer herrschenden Bürokratie ist, darauf stellt sich die Höhe oder Tiefe seines Niveaus ein...< (S.58. f)

DAS DREIPARTEIENMODEL

Wie dem auch sei, die Kanzlerdemokratie wird der CDU nicht in den Schoß fallen. Ergeben die Wahlen aber keine eindeutige Mehrheit, so bedürfen die beiden großen Parteien [wir schlagen der Einfachheit halber die Deutsche Partei gleich zur CDU] eines kleineren Dritten. Das ist die Chance der FDP, die ja auch seit Jahren und mit erbitterter Anstrengung auf diese Stunde wartet. Erich Mende, der Anfang 1960 Reinhold Maier im Vorsitz der Partei abgelöst hat, kam gleich in seiner Jungferrede auf dieses dankbare Thema zu sprechen. Was er sagte, klang nicht sonderlich originell: Die FDP wolle unter keinen Umständen mit einer Partei koalieren, die über die absolute Mehrheit verfüge.

Dazu hat Adenauer sie freilich auch gar nicht ein geladen. Was Mende meinte, war ein Angebot an die CDU, mit ihm zusammen die nächste Regierung zu bilden, wenn sie, wie die FDP hofft, ihre Mehrheit verlieren wird. Eine bürgerliche Majorität aus mehreren Parteien, von denen keine auf die andere verzichten kann, ist vielen liberalen Politikern um so verlockender, als die Düsseldorfer Koalition mit den Sozialisten ihnen keinen Erfolg gebracht hat.

DIE FDP IM TAKTISCHEN ZWISCHENRAUM

Freilich - aus der Nähe betrachtet - sieht sich ein Regierungsbündnis mit der CDU doch ein wenig problematischer an. Die CDU wird sich von ihren wohlfahrtsstaatlichen Tendenzen kaum abbringen lassen. Eine weitere >Liberalisierung< der Wirtschaft wird auch der FDP schon aus Rücksicht auf ihre eigenen bäuerlichen Wähler nicht möglich sein. Überdies ist, solange Erhard nicht Kanzler geworden ist, sein Ressort in festen Händen. Auch die Außenpolitik wird sich die CDU nicht nehmen lassen. So bleibt von den bedeutenden Ministerposten bestenfalls die Finanz. Aber auch hier ist Franz Etzel nicht der Mann, der sich ohne weiteres der Koalitionsarithmetik opfern läßt, zumal die FDP in ihrer Fraktion nicht sehr viel >ministrable< Abgeordnete aufweist [Erich Mende hält sich persönlich wohl für einen Außenpolitiker, ist aber keiner.] Dürften also für die FDP zentrale Ressorts nicht ganz leicht zu finden sein, so wird es ihr auch schwerfallen, konstruktive Mitarbeit im Kabinett und parteipolitische Distanz von der CDU so miteinander zu verbinden, daß sie als eigenständige Partei den Wählern sichtbar bleibt.

Noch schwerwiegender ist die Tatsache, daß die CDU, seit einem Dezennium ununterbrochen an der Macht, einen Einfluß gewonnen hat, der in Ministerportefeuilles gar nicht auszurechnen ist. Da sie auf jeden Fall den Kanzler stellt, beherrscht sie auch das von Adenauer ausgebaute Kanzleisystem einschließlich des Bundespresseamtes und des erheblichen Dispositionsfonds, der dem Regierungschef zur Verfügung steht.

Selbst die stärkste Waffe der FDP, die Drohung, aus der Regierung auszutreten, kann sich als Bumerang erweisen, und zwar ganz gleich, welche Alternative man wählt: Das Grundgesetz bedroht das Parlament, das nicht in der Lage ist, eine Mehrheit zu bilden, mit der Auflösung. Infolgedessen muß die FDP entweder die Regierung stürzen, indem sie eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingeht, oder aber sie kann sich auf einen kostspieligen Wahlkampf gefaßt machen, in dem sie ihre Taktik verteidigen muß. Das ist in jeder Weise ein großes Risiko. ... (S. 64 f.)

... Es ist leicht zu sehen, daß der FDP wesentlich größere Vorteile aus einem wenigstens zeitweiligen Bündnis mit den Sozialisten erwachsen, als wenn sie sich von vornherein an die CDU bindet. Insofern darf man den Erklärungen, die auf dem Stuttgarter Parteitag abgegeben wurden, nicht allzuviel Gewicht beimessen. Noch steht die Partei im Schatten des Kanzlerregimes und unter dem Majoritätsdruck der CDU. Sie bereitet sich auf einen Wahlkampf vor, der, wenn Konrad Adenauer 1961 noch auf dem Posten ist, um ihre Existenz gehen kann. Ihr Programm ist dünn und eigentlich mehr dazu bestimmt, eine Lücke zwischen den beiden Großen auszufüllen. Es hat nicht die Kraft, die Wähler vor eine Alternative zu stellen.

Wenn die FDP sich in den Tripartismus retten will, so sind nicht ihr Programm und die politischen Sympathien ihrer Führer, sondern ihr taktisches Vermögen ausschlaggebend. Notwendig und in höherem Maß als für CDU und SPD muß die Politik für eine solche Partei ein >Geschäft< sein. ... (S. 67 f.)

EIN KANZLER NAMENS BRANDT?

... Ein Kanzlerkandidat darf den großen Wählermassen nicht einfach als Exponent einer Partei vorgestellt werden, sondern nur als profilierte Persönlichkeit, die auch von den eigenen Leuten als Autorität anerkannt wird. Das zu tun, widerspricht ungeschriebenen Parteigesetzen. Es ist kein Zufall, daß die SPD seit August Bebel, also seit dem Kaiserreich, nur einmal eine starke Persönlichkeit als unbestrittenen Parteiführer anerkannt hat: Kurt Schumacher. Aber nicht die Partei hatte ihn gewählt, sondern er selbst hat die Parteiorganisation nach 1945 wieder neu aufgebaut. Er war eher da als der Funktionsapparat. Schumacher ist deshalb kein Beispiel, sondern eine Ausnahme.

Nun besteht zwar die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozialdemokraten, allen Unlustgefühlen ihres Führungsapparates zum Trotz, den Berliner Bürgermeister Willy Brandt bereits 1961 als Gegenkandidaten gegen Adenauer aufstellen werden. Es ist aber fraglich, ob sie ihm damit einen großen Einfluß auf die Politik der SPD gewähren wollen. Viel eher hat man den Eindruck, als sei diese Wahl dem Parteivorstand von der öffentlichen Meinung aufgezwungen worden: Brandt hat als Bürgermeister von Berlin eine große Publicity. Da er die Unabhängigkeit seiner Stadt, ähnlich wie sein Vorgänger Reuter, energisch vertritt, gilt er als einer der wenigen sozialistischen Politiker, denen man Knieweichheit gegenüber den Sowjets nicht nachsagen kann. Er hat seinen Rivalen Franz Neumann, eine typische Funktionsfigur, klar nach Punkten geschlagen. Er hält keine Grundsatzreden, sondern lächelt sympathisch. Seine Frau sieht gut aus und zieht sich elegant an. Das sind alles natürlich ganz vorzügliche Eigenschaften. Aber reichen sie für einen >Staatsmann< aus? Ohne Zweifel nicht.

Um Brandt eine Chance im nächsten Bundestagswahlkampf zu sichern, muß er, wie die Fachleute sagen, rechtzeitig »aufgebaut« werden. Doch die Sozialdemokraten haben die Entscheidung über seine Kandidatur bis auf Jahresende 1960 verschoben. Das ist ein schwer wieder gutzumachender Fehler. Brandt müßte bereits den bevorstehenden Kampf um Berlin als offizieller Kanzlerkandidat führen. Hat das Tauziehen erst richtig begonnen, so macht es keinen guten Eindruck, wenn er >plötzlich< die Arena verlassen soll. Zudem würde eine rechtzeitige Aufstellung Brandts dem Kanzler die Möglichkeit nehmen, die sicherlich vorhandenen Gegensätze zwischen Brandt und dem Funktionskorps der Partei auszunutzen. Statt dessen müßte Adenauer selbst wahrscheinlich seine Trümpfe eher aufdecken, um die kostenlose Reklame, die jede Berlinpolitik für Brandt macht, abzuschwächen. Um seine Rolle als Verteidiger Berlins mit der Kandidatur für das Kanzleramt koppeln zu können, ist es daher notwendig, daß die SPD Brandt nicht als rechten Läufer, sondern als Mittelstürmer und Mannschaftskapitän einsetzt.

Nicht notwendig dagegen ist es, daß die Partei ihr Godesberger Programm noch mit umfangreichen Kommentaren schmückt. Denn wenn Adenauer den Wahlkampf führt, wird er ihn in ein Personalplebiszit verwandeln. Dann sind langatmige Programme nicht gefragt, sondern nur ein Gegenkandidat, mit dessen Person sich in den Augen der Wähler ein Konzept verbindet. Da die CDU nicht in der Lage ist, einen Nachfolger für Adenauer neben den Kanzler zu stellen, bestünde hier die - auf den ersten Blick freilich paradoxe - Möglichkeit, Brandt als den gegebenen Nachfolger zu präsentieren und den Wahlkampf um die Ablösung des Kanzlers zu führen. Es kommt hinzu, daß Adenauer vielleicht die Außenpolitik doch nicht mehr als Trumpf gegen die SPD ausspielen kann. ... (S. 81 ff.)-

BILANZ DER PARTEIEN

Betrachtet man die innere Lage der beiden großen Parteien, so kommt man zu der erstaunlichen Feststellung, daß sowohl die Christlich-Demokratische Union als auch die Sozialdemokratie immer wieder die Notwendigkeit ihrer Reform diskutieren. Freilich ist der Gegenstand der Reform bei beiden Parteien verschieden: Die CDU meint ihre Organisation, die SPD ihre Ideologie. Der Unterschied liegt darin, daß die Regierungspartei zwar viele Wähler, aber zu wenig Mitglieder hat, während die Sozialdemokratie mehr Mitglieder besitzt, jedoch zu wenig Wähler anzieht. Andere Motive spielen mit, sind aber nicht entscheidend. Das Ziel der CDU besteht also darin, ihre Mehrheit zu stabilisieren, das der SPD darin, mehrheitsfähig zu werden.

Bei Licht besehen geht es jedoch weniger um Reformen als um die Weiterentwicklung der beiden Parteien in der deutschen Politik, um einen Konzentrationsprozeß des Parteiwesens, um eine intensivere Organisation der Wählerschaft. Unter diesem Gesichtspunkt machen die Parteien Bilanz, unter diesem Gesichtspunkt müssen ihr Aufbau und ihre Bewegungen betrachtet werden.

DIE CDU: ADENAUER, RELIGION, KOMPROMISS

Was die Regierungspartei betrifft, so bedarf ihre Firmierung als Christlich-Demokratische Union eines Untertitels. Er heißt: Adenauer, Religion, Kompromiß.

So wie sie uns heute vor Augen steht, ist die CDU in erster Linie die Gefolgschaft Adenauers. Ihre aktivsten Anhänger - welche Vorstellung über die Rolle des Christentums in der Politik sie immer haben mögen - rekrutieren sich aus dem Lager der beiden großen Konfessionen. Ihre Politik ist [wir sehen hier von der Außenpolitik ab] eine Kombination von Kompromissen.

Aber die Bezeichnung >Union< drückt das nur unvollkommen aus. Tatsächlich ist die CDU eine Doppelpartei. Sie besteht einmal aus dem Verband der Parteimitglieder, zum anderen jedoch aus einem wesentlich andersgearteten >Körper< von Anhängern und Interessenten, deren Verhalten für ihr politisches Profil wahrscheinlich entscheidender als die eigentliche Mitgliedschaft ist. Und dieser Körper macht auch die Mehrheitsfähigkeit der Partei aus. Er ist die Majorität. (S. 87 f)

IDEOLOGISCHES

Die Probleme der CDU liegen aber keineswegs allein in ihrer Organisation. Auch im Ideologischen ist sie im unreinen mit sich selbst. Im Lager der katholischen Integralen hält man daran fest, daß sie eine >Weltanschauungspartei< bleiben müsse. Was aber christliche Demokratie in der Praxis sein kann, ist ihnen wohl viel weniger deutlich, als was sie nicht sein darf. Im allgemeinen beschränken sich die Auseinandersetzungen auf die Auslegung der katholischen Soziallehre, wobei die Jesuiten die Kontroversen anführen. Die Sozialausschüsse versuchen daraus eine Sozialideologie zu machen; andere streben zu einem Neokonservatismus. Im ganzen ist die CDU seit ihrer Gründung nach rechts gewandert, und sie ist sich dessen auch bewußt. Sie folgt damit einer gesamteuropäischen Tendenz. Erheblich dazu beigetragen hat natürlich die Tatsache, daß sie seit so langer Zeit Regierungspartei ist.

Kann man sie deshalb als konservativ bezeichnen? In gewissem Sinne ja. Sie treibt zwar die

Politik des Wohlfahrtsstaates, aber das tun die englischen Konservativen auch. Der Konservatismus hat bei uns noch einen anderen Beigeschmack. Er ist unruhiger, aggressiver, im ganzen auch provinzieller als in England. Er hat keinen rechten gesellschaftlichen Hintergrund mehr. Es ist auch nicht zufällig, daß die konservativen Kreise der CDU bisher keinen verbindlichen Staatsbegriff entwickelt haben. Selbst in der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus spielen konservative Argumente keine führende Rolle.

Was übrigbleibt, ist das Bedürfnis, rechts zu stehen, d. h. sich von der Linken zu distanzieren. Und tatsächlich ist die CDU zu einem Sammelbecken der nichtsozialistischen Wähler geworden. Ob das freilich genügt, wenn Adenauer gegangen ist, scheint einigermaßen zweifelhaft. Was die Union braucht, um nicht nur ihren Namen, sondern auch ihre Aufgabe zu rechtfertigen, sind viel weniger >Rechtspolitiker< als Führer, die die Kunst des Kompromisses auch theoretisch und ideologisch beherrschen. Denn über die bloße Praxis Adenauers verfügt keiner seiner möglichen Nachfolger. Solange er da ist, können es sich die einen erlauben, rechts von ihm, andere, links von ihm zu stehen. Wenn sein Platz einmal leer ist, wird man den Standort der CDU präziser formulieren müssen. Der konservative Jugendstil wird dann nicht einmal ausreichen, um nur der Fassade der Partei ein einheitliches, in die Zukunft weisendes Gesicht zu geben. ... (S. 101 f.)

STATT REFORM: ENTSCHLACKUNG

... Und wir haben bereits gesehen, wie Adenauer sie aus einer regieren den Partei in ein Instrument der Regierung verwandelte. Staatssekretär Globke ist der Führungsgehilfe nicht nur des Kanzlers, sondern auch des Ersten Parteivorsitzenden geworden, obwohl er wahrscheinlich nie eine Mitgliederversammlung besucht hat. Aber er kontrolliert die Finanzen. Er verwaltet die Dossiers mit wohl mancherlei unangenehmen Personalien wichtiger Politiker. Er informiert Adenauer über die CDU besser und regelmäßiger, als es der Parteivorstand könnte. In dieser Hinsicht kann keine >Reform<, sondern nur eine Rebellion gegen den Kanzler eine Änderung herbeiführen. Wer wollte das verantworten?

Zudem verfügt die Regierung noch über Hilfstruppen, die zwar leichter bewaffnet, aber wesentlich schlagkräftiger als die CDU organisiert sind: so vor allem die >Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise< (ADKJ), die noch von dem verstorbenen Propagandafachmann der Partei, Otto Lenz, auf gebaut wurde. Auch der >Volksbund für Frieden und Freiheit< mag in diesem Zusammenhang genannt werden. Dagegen steht das Komitee >Rettet die Freiheit< wohl mehr unter dem Einfluß von Minister Strauß, übrigens auch für ihn persönlich eine Fehlinvestition.

Diese Hilfstruppen der Regierung, auf die die CDU keinen Einfluß hat und die mit erheblichen Geldmitteln operieren, schwächen natürlich die eigentliche Parteiorganisation. So ist es kein Wunder, daß die Publizistik der Union nicht nur ohne geistiges Niveau ist, sondern auch propagandistisch nicht viel taugt - mit Ausnahme der Wahlslogans, die besser sind als die der SPD.

Mit dem Gerede von der Parteireform ist also nicht allzuviel anzufangen, solange die CDU kein Konzept formuliert, das ihrer Rolle in der deutschen Politik gerecht wird. Solange sie das nicht hat, muß sie weiterhin >aus der Praxis für die Praxis >leben. ... (S 104 f.)

EIN FALSCHER ERNSTFALL

... In Wirklichkeit ist das alles ein Streit um des Kaisers Bart. Selbstverständlich war der Streik gegen Kapp - uninteressant, ob notwendig oder nicht - berechtigt und legal. Er war aber gar nicht der typische Fall eines politischen Generalstreiks, sondern Ausübung des Widerstandes gegen eine illegale, durch den Staatsstreich zur Macht gekommene Regierung. Damit ist dieser Fall für normale Verhältnisse uninteressant. Überdies ist es oft nicht das Motiv, sondern die Wirkung, die einen Streik zu einem Politikum macht. Der >Mythos< dagegen, man könne durch den Generalstreik Revolution machen, ist für die Linke eine Illusion, für die Rechte ein nicht minder kläglicher Irrtum. Sowohl die Revolution wie ihr staatsrechtliches Pendant, der Ausnahmezustand, sind historisch geworden. Auch die Kommunisten haben sich längst auf die Technik des Staatsstreichs spezialisiert - und selbst das ist problematisch. Eine Verfassung, die vorbeugt und ihre Gegner rechtzeitig ächtet, hat heute weder den Ausnahmezustand noch die Revolution zu befürchten. ... (S. 141)

WEDER TERROR NOCH TUGEND

Auf der anderen Seite verdunstet über den vielseitigen Arrangements des Status quo ein dumpfer Opportunismus, der sich auf die geistigen Atmungsorgane schlägt und der Kritik wie ein dicker Nebel die Resonanz absaugt. Es wäre falsch, diesen unangenehmen Sachverhalt - was man auch zuungunsten der Herrschaft Adenauers sagen mag - allein oder vorzüglich auf das Konto der Kanzlerdemokratie zu buchen. Der Konformismus läßt sich auch nicht einfach als »ideologischer Überbau« des Status quo ab tun. Er hat einen wesentlich tieferen Hintergrund. Man braucht nur einmal der Frage nachzugehen, warum die »Anpassung« zu einem so zentralen Begriff der zeitgenössischen Psychologie geworden ist. Aber ganz zweifellos trägt etwa die paritätisch gefilterte Funk- und Fernsehgestaltung wesentlich zu diesem Klima bei. Dasselbe gilt für den Film. Kein Teilhaber des Status quo hat da ernsthaft mit öffentlicher Kritik zu rechnen. Die Presse fühlt sich wohl freier. Doch bevorzugen manche große Zeitungen nicht umsonst jene [vornehm verzierte] Generalanzeigermeinung, die um des Geschäftes willen niemandem etwas zuleide tut. Ein neuer publizistischer Stil von Loyalität scheint sich einzubürgern, der schärfere Kritik und Polemik als eine unvornehme Art intellektueller Libido ausschließt. ... (S. 141)

... Im Konformismus des Status quo mögen bereits die Anzeichen einer neuen sozialen Disziplin zu er kennen sein. Aber er birgt doch üble Gefahren: Die heutige Gesellschaft hat viel an geistiger Beweglichkeit, auch an Fähigkeit zur Selbstkritik verloren. Nicht umsonst werden überall >Persönlichkeiten< gesucht, nicht umsonst ist die Bildung und ihre Reform im allgemeinen Gerede. Sie soll mit neuen Werten und Wirklichkeiten aufgefüllt werden. Aber mit der Montage pluralistischer Einverständnisse erreicht man kein Bildungskonzept, vor allem, wenn sich das bewegende Motiv auf die Verbesserung der sozialen Organisation beschränkt.

Was im übrigen die soziale Frage betrifft, so wandeln sich ihre Aspekte: Während man früher das soziale Problem durch Organisation lösen wollte, ist heute die Organisation - der durchorganisierte Zustand des Menschen - zum sozialen Problem geworden, und allmählich müßte an die Stelle der Sozialkritik die Kritik des Sozialen treten. ... (S.143)

DER MOTOR DES WOHLFAHRTSSTAATES

Der wirksamste Beweis für die Geltung des Status quo läßt sich jedoch durch die Tatsache führen, daß er die Rolle des Wohlfahrtsstaates übernommen hat. In der Bundesrepublik meint man häufig mit einem, je nach Gesinnung kritischen oder wohlwollenden Blick auf Skandi-

navien, der Wohlfahrtsstaat sei eine sozialistische Erfindung. Das ist keineswegs der Fall, auch wenn die Sozialisten sich heute gern dieses Konzepts bemächtigen. Ohne Zweifel enthält es auch sozialistische Gedankengänge. Sie sind aber nicht entscheidend. Der eigentliche Motor des Wohlfahrtsstaats ist der Pluralismus der Gesellschaft.

Das wird sofort deutlich, wenn man den Kern des Wohlfahrtsstaates, die >soziale Sicherheit<, untersucht. Unter sozialer Sicherheit verstand man ursprünglich- nach der Massenarbeitslosigkeit während der Wirtschaftskrise - die Vollbeschäftigung und damit speziell die Sozialgarantie der Arbeiterschaft. Inzwischen hat sich die Formel weiter entwickelt. Die Krise ist nicht mehr der Maßstab der - sozialen Sicherheit. Heute haben die Beamtenschaft, der Mittelstand, die Landwirtschaft - alle abhängigen Gruppen -; das Niveau des Wohlfahrtsstaates erreicht. Soziale Sicherheit bedeutet nicht mehr die Gewährleistung der Teilnahme an der Produktion, sondern die Garantie des Konsums. ... (S. 144 f)

AUS POLITIK WIRD VERWALTUNG

... Ungefähr läßt sich sagen, daß der Status quo dort, wo er »erkaltet«, die Tendenz zeigt, aus der flüssigen Politik in das >feste Aggregat< der Verwaltung überzugehen. Umgekehrt ausgedrückt: >Die moderne industrielle Gesellschaft kann sich nur in der Weise selbst stabilisieren, daß sie zugleich die Existenz der in ihr Tätigen mitstabilisiert< [Forsthoff].

Dieses föderative Verwaltungsgefüge schiebt sich immer mehr in die innere Politik hinein und schränkt ihre Beweglichkeit ein. Fügen wir dieser Skizze noch die engen Beziehungen zwischen Verbandsstäben und Regierungsbürokratie ein und nehmen wir die Organe der supranationalen [europäischen] Institutionen ins Blickfeld, wie sie den staatlichen Binnenraum nach Integrationsmaterial absuchen, so ergibt sich, trotz der Unübersichtlichkeit zahlreicher Einzelheiten, eine Bewegung von imponierender Eindeutigkeit.

Diese Bewegung beschränkt sich keineswegs auf die »staatliche« Innenpolitik und die Ausbreitung der Bürokratie. Sie zielt auf die Veränderung des Status quo selbst. Er war nach der Epoche der Klassen- und Kulturkämpfe die zweite Entwicklungsstufe des Pluralismus. Aber der Status quo ist schon seinem Begriff nach etwas Einstweiliges. Wir sollten uns vor jedem Versuch hüten, ihn in ein >endgültiges< Verfassungsschema umzudeuten. Das würde nur zu Irrtümern und Mißerfolgen führen. Gerade die Tatsache, daß auch die Kanzlerdemokratie sich darauf beschränken mußte, ihn [auf der Basis der Hochkonjunktur] zu balancieren, und daß ihr institutionelle Sicherungen nicht gelungen sind, sollte uns von seiner Vorläufigkeit überzeugen. Es ist auch nicht von ungefähr, daß es trotz starken Konformitätsdrucks der großen Gruppen und trotz des pluralistischen Enthusiasmus, der zur Zeit bei den Soziologen in Mode steht, zu keinem der Lage angemessenen Bewußtsein gekommen ist - höchstens zu einem streitunlustigen und verklemmten Unbehagen.

DAS NEUE SOZIALSYSTEM

... Die großen Züge der Entwicklung zeigen ohnehin diese Tendenz: Demokratisierung bedeutet Egalisierung und Zentralisierung - nicht nur im politischen, sondern ebenso im ökonomischen Bereich. Die Verbände, die sich heute als Teilhaber des Status quo organisieren, arbeiten sämtlich daran, die Interessen, das Verhalten, den Öffentlichkeitsanspruch ihrer Gruppen zu vereinheitlichen und auf einen jeweils gemeinsamen Standard zu bringen. Auch sie nehmen also an dem Prozeß der »Socialisation« [das Wort »Sozialisierung« ist verbraucht

und deshalb nicht verwendbar] teil, der heute mit vielen Schlagworten wie >Vermassung<, >Nivellierung<, >Organisation« umschrieben, aber selten beim Namen genannt wird. Der Pluralismus gehört also im guten wie im schlechten zu den »Totalisatoren« des modernen Lebens, die technisch und sozial die Umformung unseres Daseins bewirken. Nicht umsonst wird heute ein so vieldeutiges Wort wie >Integration< so widerspruchlos in die Skala der gesellschaftlichen >Werte< aufgenommen. ... (S. 152 f.)

DIE OFFENE SITUATION

Die Generation nach ihm wird diesen Zeitraum nicht mehr repräsentieren können. Man hat im Gegenteil das Gefühl, daß er ihr in seinen Erfahrungen unbekannt und dunkel geblieben ist. Die Equipe, die sich jetzt zur Nachfolge rüstet, muß das Terrain einer offenen Situation betreten, wenn Adenauer geht und die Tür hinter sich schließt.

Die offene Situation besteht nicht darin, daß die Bahn >endlich< frei würde für irgendein forsches Neubeginnen, daß nun die Chancen nur darauf warteten, ergriffen zu werden. Sie bedeutet auch nicht, daß wir in der Lage wären, erst einmal ein kleines Desaster abzuwarten. Diese offene Situation ist eine ziemlich krasse Herausforderung der Kräfte, die wir während der Kanzlerdemokratie gewonnen zu haben glauben.

Es kann natürlich sein, daß gar keine Antwort auf diese Herausforderung erfolgt; daß wir über >den< Nachfolger spekulieren, der nicht kommt; daß die Mittelmäßigkeit sich durchsetzt; daß die Zeit verkungelt und vertan wird; daß man die Augen zu macht. Dann erwarten wir die Wiedervereinigung als Großes Los mit kleinem Einsatz. Und wir blinzeln ein bißchen mißtrauisch und ein bißchen vertrauensselig nach Amerika.

Es kann sein, daß wir uns damit begnügen, >kleine Brötchen zu backen>«. Daß wir in Europa außenpolitisches Kupfer wechseln und uns an der Hoffnung weiterziehen, die Sowjets wollten den heißen Krieg schließlich doch gar nicht und die Hochkonjunktur bleibe ja bestehen - für die einen ein guter Profit und für die anderen ein fetter Wohlfahrtsstaat.

Es kann aber auch nicht sein.

Es gibt auch Anzeichen dafür, daß das Schicksal Deutschlands sinnvoller und zukunfts-trächtiger begriffen wird als bisher. Vielleicht hat der Furor des Krieges unseren Elan doch nicht ausgeblutet. Es kann sein, daß Deutschland - dieses Restdeutschland - aus der Enge seines Gefühls herauszutreten beginnt, weil es den großen und nicht nur den kleinen Frieden will, weil es das Christentum nicht als abendländische Kulturtradition konservieren möchte, weil es sich in den Dienst einer neuen Welt stellen will - Deutschland, das diese neue Welt mehr braucht als irgendein anderes Land. Dann wird uns - nach den blind geopfertem Hekatomben der vergangenen Jahrzehnte - die Erkenntnis nicht schwer fallen, daß die Zeit neuer Opfer kommen wird. (S. 210 f.)

Ende Altmann